

## **Schärferer Kurs in Ausländer- und Asylpolitik Nationalratskommission heisst Standesinitiativen gut**

---

Bern (sda) Haft für nicht kooperative Personen, keine Entwicklungshilfe für nicht kooperative Staaten: Das verlangt eine Kommission des Nationalrates mit der Zustimmung zu zwei Standesinitiativen im Ausländer- und Asylrecht.

Mit 16 zu 8 Stimmen unterstützt die Staatspolitische Kommission (SPK) der grossen Kammer eine Initiative des Kantons St. Gallen. Diese verlangt, dass Ausländer in Vorbereitung- oder Ausschaffungshaft genommen werden können, wenn sie ihre Identität nicht oder vermutlich falsch angeben.

Mit Stichentscheid ihrer Präsidenten Charls-Albert Antille (FDP/VS) stellte sich die SPK auch hinter eine Standesinitiative des Kantons Aargau. Danach sollen mit den Herkunftsstaaten von Asylsuchenden Rückführungsabkommen abgeschlossen werden. Gegenüber unkooperativen Staaten sei jegliche staatliche Hilfe ausser der humanitären Direkthilfe einzustellen. Über die Forderungen der beiden Kantone wird der Nationalrat im Rahmen der Beratungen über das neue Ausländergesetz und über die Revision des Asylgesetzes entscheiden, wie die Parlamentsdienste am Freitag mitteilten. Diese Vorlagen werden ihm voraussichtlich in der Herbst- und in der Wintersession unterbreitet.

Sda, 4.7.03